

**Sehnde: AfD ist gegen den Doppelhaushalt 2021 / 2022 mit historischer Erhöhung der Grundsteuer und fordert Einsparungen. SPD / Grüne boxen Verwaltungsentwurf durch**

Der mit der Beschlussvorlage 2020/813-5 vorgelegte und vom Sehnder Rat beschlossene Haushaltsplan weist ein Defizit von 5,8 Mio EUR in 2021 und von 7,5 Mio EUR für 2022 aus, wobei bereits außerordentliche Erträge (1,7 Mio EUR in 2021 und 0,26 Mio EUR in 2022) aus dem Baulandverkauf eingerechnet sind. Darin enthalten ist eine Erhöhung der Grundsteuersätze um 100 Punkte, was 1 Mio EUR Einnahmen generiert, und Verschiebungen bei Gebäudeunterhaltung und Baumaßnahmen.

-----

**Haushaltsrede vom 17.12.2020**

Letztes Jahr standen wir mit einem geplanten Haushaltsdefizit für 2020 von 6,5 Mio EUR bereits am Abgrund - dieses Jahr sind wir einen Schritt weiter. Die geplante exorbitante Erhöhung der Grundsteuer ist zwar für weite Teile von Politik und Verwaltung eine bequeme Sache, kommt aber einem Offenbarungseid gleich. Wir müssen wirklich alle Maßnahmen auf den Prüfstand stellen unter dem Aspekt: „Was können wir uns leisten?“. Das ist auch dieses Jahr zu kurz gekommen.

Und natürlich hat Corona weder dem Haushaltsplan an sich (mit Auswirkungen in der Größenordnung von 2 bis 3 Mio EUR) noch den Beratungen gutgetan. Selbst am letzten Donnerstag zu den Fraktionssitzungen lag die endgültige Haushaltsdrucksache nicht vor.

Die AfD-Fraktion lehnt diese Art von Haushaltspolitik ab und fordert ein Umdenken. Ein alternatives Vorgehen zugunsten der Bürger Sehndes ist möglich. Daher stellen wir die folgenden Änderungsanträge:

**1. Streichung des Doppelhaushalts und nur Aufstellung des Haushalts 2021**

Begründung: Durch die besonderen Einflüsse des Jahres 2020 können wir kaum die Entwicklungen des Jahres 2021 planen geschweige denn die des Jahres 2022. Die Beratungen waren zeitlich sehr komprimiert – zu wenig Zeit für die komplexe Aufgabe, einen zukunftsfähigen Haushalt aufzustellen. Ein möglicher Nutzen eines Doppelhaushalts verkehrt sich ins Gegenteil, wenn die Planungsgrundlagen so volatil und ungenau wie zurzeit sind. Damit bleibt auch genügend Zeit, die Haushaltskonsolidierung zu beraten.

## **2. Grundsteuererhöhung „nur“ um 40 Punkte**

Begründung: Einsparungsvorhaben geraten in Vergessenheit und der hohe Steuersatz bleibt, so darf Haushaltssicherung nicht funktionieren. Die geplanten Einsparungen sind u.E. zu gering und zu wenig nachhaltig. Alle Investitionen müssen auf den Prüfstand, anstatt noch weitere mit unbekanntem Folgekosten anzuschieben. Hier seien als Beispiele angeführt:

- a) Das seinerzeit nicht im Haushalt geplante Klimazentrum Bolzum
- b) Sowie der geplante Erwerb des Bundessortenamts in Rethmar mit den Folgeinvestitionen und -kosten.

Zum Haushalt 2014 hatten wir die letzte aber signifikante Erhöhung um 40 auf 460 Punkte. Seitdem waren zwar alle Haushaltspläne stark defizitär aber unter dem Strich haben wir bis 2019 trotzdem einen Haushaltsüberschuss von 13 Mio. EUR erwirtschaftet. Und 2020 ist nur grob geschätzt. Wir werden ein großes Defizit einfahren – auch wegen der administrativen Corona-Maßnahmen. Aber es gibt Ausgleichszahlungen. Ob wir am Ende wirklich bei 8 Mio Defizit landen, halten wir aufgrund der Erfahrungen der Vorjahre für fraglich. Eine Steuererhöhung um 100 Punkte halten wir schon deshalb für nicht gerechtfertigt.

Eine Erhöhung auf 500 Punkte ist schmerzhaft. Damit würde Sehnde bei den Grundsteuersätzen aber nicht zum Spitzenfeld in der Region aufschließen. Wir sind nicht die Landeshauptstadt Hannover oder Laatzen sondern müssen uns mit Lehrte oder Burgdorf vergleichen. Mit einer Erhöhung um 100 Punkte werden wir kein interessanter Ansiedlungsort und Gewerbetreibende werden vergrault.

## **3. Streichung des geplanten Familienzentrums**

Begründung: Die gewählte Variante mit zwei Stockwerken ist sehr teuer. Eine Familienbetreuung im kleineren Maßstab in einer neugeplanten KiTa wäre die bessere Alternative.

## **4. komplette Streichung der Stellenmehrung in Haushalt**

Begründung: In Zeiten des Haushaltsdefizits muss auch der Stellenplan hinterfragt werden. Wir vermissen zudem eine stärkere Betrachtung von Einsparpotenzialen durch Digitalisierung und Modernisierung.

## **5. Kürzung der Flüchtlingshilfe um 10.000 EUR in 2021 und 20.000 EUR in 2022**

Begründung: Wir erkennen die gute Arbeit der Flüchtlingshilfe an. Angesichts leerer Kassen müssen wir aber auch hier den Bedarf hinterfragen. Auch Geflüchteten sind irgendwann einmal „angekommen“ und es gibt eine Vielzahl von anderen

Betreuungsmaßnahmen. Wir halten es für legitim, hier die freiwilligen Leistungen (hier 70.000 EUR) anzupassen.

#### **6. Zeitnahe Vermarktung der KiTa-Ladeholz, des Avacon-Geländes und der alten Turnhalle Feldstraße und Darstellung im Haushalt**

Begründung: Immobilien, die seitens der Stadt nicht benötigt werden und nur kosten, müssen zeitnah umgenutzt oder abgestoßen werden. Durch eine Vermarktung wird der Haushalt entlastet und es können Impulse hinsichtlich der Ansiedlung von Gewerbe und Wohnungen gesetzt werden.

#### **7. Streichung der Nachrüstung bei der Warmwasserversorgung**

Begründung: Die Nachrüstung der Schultoiletten in Rethmar kostet 60.000 EUR. Angesichts der Haushaltssituation können wir uns diese als Komfort-Lösung betitelte Maßnahme nicht leisten. Diese Maßnahme ist zudem nicht wirklich umweltfreundlich.

-----

Wie sich bereits in den vorbereitenden Beratungen andeutete, haben die aufgezählten Anträge der AfD keine Mehrheit gefunden. Stattdessen wurde die Beschlussvorlage 2020/813-5 mit den 18 Stimmen von SPD incl. Bürgermeister, Grüne und UfS gegen die 15 Stimmen von AfD und CDU/FDP und bei einer Enthaltung aus den Reihen der CDU durchgewunken.

Am Ende der Haushaltsberatungen stand der Satzungsbeschluss für die Erhöhung der Grundsteuer um historische 100 Punkte auf 560 Punkte, der am Ende gegen die Stimmen der AfD von den anderen Ratsfraktionen beschlossen wurde.

Wolfgang Ostermeyer